

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

„Cutro ist kein Dekret, Cutro ist ein Massaker“

Seit drei Monaten warten Angehörige der Opfer und die Zivilgesellschaft auf die Klärung der Ursachen und Verantwortlichkeiten des dramatischen Schiffsunglücks bei Steccato di Cutro in der Provinz Crotona (Kalabrien). Das Unglück vom 26. Februar diesen Jahres hatte mindestens **94 Todesopfer gefordert** (siehe [hier](#) und in [dieser Ausgabe](#) dieses Newsletters). Mit der Verabschiedung des Dekretes und folgenden Gesetzes, welches sehr unsensibel auch noch ‚Cutro-Dekret‘ genannt wurde, instrumentalisierte die Regierung das Unglück und das Schicksal der Opfer, um eine noch sicherheitspolitischere Politik in Bezug auf den Zugang zu den Rechten von Migrant*innen umzusetzen, erklärt [Melting Pot Europa](#). Seitdem haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen um Kontakte und Beziehungen zu den Familienangehörigen und Überlebenden gekümmert und versucht, sie aus der Ferne bei ihren Anträgen und Klagen gegen die Nicht-Rettung zu unterstützen. 76 Überlebende haben der EU internationalen Schutz beantragt, unter anderem in Italien und Deutschland. Die meisten Leichen wurden mittlerweile in ihre Herkunftsländer überführt oder von Angehörigen in Europa begraben. Da nicht alle Leichen identifiziert werden konnten, wurden unbekannte Verstorbene auf Friedhöfen nahe der Unglücksstelle in Cutro und Crotona beigesetzt. Wie [Melting Pot Europa](#) berichtet, wurden angespülte Fundstücke des Unglücks wie persönliche Gegenstände, Rucksäcke und Kleidung nie von Küsten geborgen, sie seien **„makabre Symbole für die Verlassenheit der Opfer an der Grenze“**.

Der Exekutivdirektor von Frontex, [Hans Leijten](#), erklärte bei einer Anhörung vor dem Justizausschuss des Europäischen Parlaments, dass Frontex alle notwendigen Informationen wie „den Standort, die Infrarotbilder, die Geschwindigkeit und den Kurs“ des

Schiffes an die italienischen Behörden weitergeleitet hätte. Aufgrund der schlechten Wetterbedingungen und Treibstoffmangels sei die Europäische Grenzschutzagentur später mit einem Flugzeug an den Unfallort zurückgekehrt. Es ist an dieser Stelle wichtig anzumerken, dass nur durch das sofortige Entsenden eines geeigneten Schiffs, welches Rettungsmaßnahmen auf See durchführt, das Unglück hätte vermieden werden können. Trotz der Meldung durch Frontex erfolgte dies jedoch nicht.

Frontex nimmt eine **immer stärkere Rolle bei Abschiebungen aus der EU** ein und probiert sich laut der [Initiative Statewatch](#) unter anderem daran, die „Initiative, das Ziel und den Termin“ von Abschiebungen zu organisieren, Aufgaben, die bisher den nationalen Behörden vorbehalten waren.



Friedhof von Serre in Cutro, Beisetzung von sieben nicht identifizierten Leichen. Foto: Martina Gentile

Hohe Flüchtlingskommissar der UN kritisiert italienisches Piantedosi-Gesetz

Der [Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen](#) kommentierte das im Anschluss an das Schiffunglück von Cutro verabschiedete Dekret, das am 5. Mai von den Kammern in das Gesetz Nr. 50 umgewandelt wurde, mit „tiefer Besorgnis“ und wies auf die partielle **Unvereinbarkeit mit internationalen Flüchtlings- und Menschenrechten** hin. Dies betreffe u.a. die Durchführbarkeit der geplanten Maßnahmen, die möglichen Auswirkungen auf das Asylsystem und den

Raum des Schutzes, der Asylsuchende, Geflüchteten und Staatenlosen garantiert werde.

[Rachele Scarpa](#), Abgeordnete der Demokratischen Partei (PD) aus Treviso, hat diesbezüglich eine Anfrage an das italienische Innenministerium gestellt, wie die Aufnahme im Rahmen des Gesetzes geregelt werde und ob die Errichtung neuer Zeltstädte vorgesehen sei.

Der [Papst](#) hat sich öffentlich mit den Geflüchteten in Italien und insbesondere in Libyen **solidarisiert**. Er mahnte, dass Vorfälle wie das Schiffunglück von Cutro nicht wieder passieren dürfen.



Friedhof von Crotona, Körper KR3. Foto: Ottavia Segalla

Stato di Emergenza - Notstand

Nach der Ausrufung des Notstandes plant die italienische Regierung nun den **Bau eines neuen Hotspots** für Geflüchtete in der Region Friaul-Venetien-Giulia im Norden des Landes. Dort endet die sog. Balkanroute. Auch in den Hotspots in den Regionen [Kalabrien](#) und [Sizilien](#) sollen die **Aufnahmekapazitäten deutlich erhöht** werden. Der neue Kommissar für die Verwaltung der Aufnahme von Migrant*innen, [Valerio Valenti](#), spricht von mindestens 1.000 weiteren Plätzen. Eine Hilfe des Zivilschutzes wurde zugesagt. Dies gehe auf einen [Erlass](#) zurück, der vom Leiter der Abteilung für Zivilschutz, Fabrizio Curcio, unterzeichnet und im Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Die Situation im überfüllten Hotspot von Lampedusa hat sich in der Zwischenzeit etwas entspannt. Mitte Mai waren im dortigen Hotspot Contrada Imbriacola

nur noch [69 Personen](#) untergebracht. Diese Situation kann sich jedoch täglich ändern.

Ablehnung des Asylantrags aufgrund kleinerer Drogendelikte verfassungswidrig

Das [italienische Verfassungsgericht](#) hat jüngst entschieden, dass die Ablehnung eines Aufenthaltstitels aufgrund von kleinen Drogendelikten verfassungswidrig ist. Das ist eine begrüßenswerte Entscheidung zum Schutz von Asylsuchenden.

Gerichtsprozess zum Untergang der „Heaven“

Am 30. August 2020 **sank das Schiff „Heaven“** vor Praialonga (Isola Capo Rizzuto, Kalabrien) und kostete Omar Ali Osman, Abdirahman Nur Abdullahi und zwei weiteren Menschen das Leben. Die vier Migrant*innen sprangen ins Wasser und ertranken, als der Motorraum des Schiffes Feuer fing. Den vier Angeklagten der Zollpolizei wurde **fahrlässige Tötung** vorgeworfen, da sie die Geflüchteten nicht sofort von Bord und in Sicherheit gebracht hatten. Die Staatsanwaltschaft in Crotona hat nun gefordert, einen Prozess gegen die vier Angeklagten zu eröffnen.

Bilaterale Beziehung zwischen Italien und Frankreich

In Anschluss an ein Gespräch zwischen der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf dem [G7-Gipfel](#) wollen Italien und Frankreich trotz einiger diplomatischer Krisen (wir berichteten u.a. [hier](#)) nun wieder Gespräche miteinander aufnehmen. Auch ein Treffen der beiden [Außenminister](#) für zukünftige Kooperationen wurde vereinbart. [Macron](#) sprach sich für die **Zusammenarbeit der beiden Staaten** aus, da Italien im Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen unterstützt werden solle.

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Italien und Tunesien

In einem Gespräch zwischen dem italienischen Innenminister Matteo Pientedosi und seinem tunesischen Amtskollegen Kamel Fekih wurde die Förderung der sog. **freiwilligen Rückführung** von Italien nach Tunesien beschlossen. Dies ist Teil einer **umfassenden Strategie der Zusammenarbeit** zwischen den beiden Staaten, die auf die **Versicherheitslichung der italienischen Seegrenze und die Blockade der Bewegungen der Migration** über das Mittelmeer abzielt. Darüber hinaus hat Italien auf dem G7-Gipfel in Hiroshima die Freigabe eines **Darlehens in der Höhe von 1,9 Milliarden Euro** durch den **Internationalen Währungsfonds (IWF)** gefordert, um Auswirkungen der sozialpolitischen Unruhen in Tunesien, die sich seit Beginn der letzten ökonomischen Krise zunehmend verstärken, auf die EU in Form weiterer Migrationsbewegungen zu vermeiden. Der IWF fordert allerdings **genaue Garantien** zur Auszahlung des Darlehens, darunter u.a. wirtschaftliche und demokratische Reformen.

Situation der Geflüchteten

Genau vor zwei Jahren ist **Moussa Balde** in einem CPR (Abschiebungshaft) in Turin gestorben. Um an seinen Tod zu erinnern, wurde **in Ventimiglia** eine Demonstration organisiert, an der rund 100 Personen teilnahmen. Moussa Balde war 22 Jahre alt, als er in der Nacht vom 22. auf den 23. Mai 2021 mit seinem Bettzeug erhängt in einem Isolationsraum aufgefunden wurde. Er war zur Abschiebung in diese Einrichtung gebracht worden, nachdem er in Ventimiglia von drei Männern brutal zusammengeschlagen worden war. **Sein Bruder** erklärte anlässlich des zweiten Todestages, dass Moussa die Hoffnung der Familie war. Er habe seine Familie verlassen und sein Leben riskiert, um das Mittelmeer zu überqueren und seine Familie vor der Armut zu retten. Diese ist sich sicher, dass Moussa Balde keinen Selbstmord begangen hat, sondern **im CPR von Turin getötet wurde**. Die Situation für Migrant*innen und Geflüchtete in Ventimiglia hat sich seitdem weiter verschlimmert: Seit der Schließung der Grenze durch

die französische Regierung vor acht Jahren, die bisher mindestens 42 Menschen das Leben gekostet und das Leben Tausender weiterer Menschen zerstört habe, nehme die Gewalt von Polizei und Staat, der die Menschen auf der Durchreise ausgesetzt sind, weiter zu, berichtet [ImperiaPost](#).



Demonstration in Ventimiglia, Foto: Jacopo Gugliotta

Aufnahmepaxis von Ukrainer*innen wirkt hemmend auf die Aufnahme anderer Geflüchteter und Migrant*innen

Ein Vergleich zwischen der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und der Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen aus Westasien und (Nord-) Afrika, die über das Mittelmeer einreisen, weise laut des Anwalt*innen-Netzwerks **ASGI** darauf hin, dass das beschleunigte Aufnahmesystem für Ukrainer*innen zu einem **stark verlangsamten System der Asylbearbeitung für andere Schutzsuchende** führe. Zudem habe Italien seit 2019 weitere 13 Länder auf dem Balkan und in Afrika für ‚sicher‘ erklärt, sodass Schutzsuchende aus diesen Ländern leichter und legal abgeschoben werden können. Einige Nationalitäten, darunter bspw. Tunesier*innen, **können in Italien unter nur unter sehr erschwerten Umständen Asyl beantragen**. Von 12.883 Tunesier*innen, die 2020 über das Mittelmeer in Italien einreisten, wurden nur 918 als Asylsuchende registriert, heißt es in einem Bericht des Europäischen Flüchtlingsrats ECRE. Im Kontrast dazu habe Italien bereits mehr als 50.000 Ukrainer*innen

im Rahmen der EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz sofortigen Zugang zu Unterstützungsleistungen gewährt (zur Aktivierung der sog. „Massenzustromrichtlinie“ siehe [hier](#)). [Sara Consolato](#) von Refugees Welcome Italy bezeichnete diesen Weg aufgrund des sofortigen Eintritts in das System öffentlicher Dienstleistungen daher treffend als „schlafende Schönheit der europäischen Asylgesetzgebung“.

Einkommensobergrenze für Geflüchtete in den staatlichen Aufnahmezentren

Nach der Ausrufung des neuen Notstandes des italienischen Aufnahmesystems vergangenen Monat (siehe [hier](#) und [hier](#)) hat die italienische Regierung unter Giorgia Meloni entschieden, dass Geflüchtete nun aus den SAI (Zweitunterkünften) und CAS (Notstandszentren) ausziehen müssen, sofern sie [über 500€ im Monat](#) zu Verfügung haben. Dass dies eine **diskriminierende Praxis ist, welche Betroffene in die Prekarität zwingt**, zeigen Daten von Istat: Die relative Armutsgrenze, die Zahl derjenigen, die trotz Einkommen in Armut leben, liege in Italien bei 640€ pro Monat. Darüber hinaus haben Betroffene lediglich zwischen fünf Tagen (wie im Fall des Mattei-Zentrums in Bologna) und vierundzwanzig Stunden (wie zuletzt in Turin) Zeit, um aus den Aufnahmezentren auszuziehen und sich eine alternative Unterkunft zu suchen. Dies ist angesichts des Wohnraummangels eine Katastrophe und wird dazu führen, dass sich ein großer Teil der derzeitigen Bewohner*innen der Zentren **buchstäblich auf der Straße** wiederfinden wird.

Unangemessene Behandlung von Schutzsuchenden im CPR in Turin

Die [Turiner Staatsanwaltschaft](#) untersucht derzeit rund vierzig Fälle von unangemessener Behandlung von Ausländer*innen, die in der Abschiebungshaft (CPR) der Stadt Turin eingesperrt sind. Ermittler*innen fokussieren sich insbesondere auf Personen in Einzelhaft in der sogenannten

„Krankenhausabteilung“, da einige von ihnen dort wohl ohne Notwendigkeit festgehalten wurden. Die Untersuchungen betreffen Vorfälle, die sich in den Jahren 2020 und 2021 ereignet haben.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.